

## **Antrag**

**des Abg. Nikolai Reith u. a. FDP/DVP**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus**

### **Bedeutung der Massentlassungen beim Unternehmen Cellforce Group GmbH für den Wirtschafts- und insbesondere Automobilstandort Baden-Württemberg**

#### **Antrag**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wann und auf welche Weise sie erstmals von den Plänen des Unternehmens Porsche erfahren hat, rund 200 Beschäftigten seiner Unternehmenstochter Cellforce Group GmbH (nachfolgend Cellforce) zu kündigen und damit sowohl Cellforce als auch seine Batterieproduktion grundlegend zu verändern, wenn nicht gar einzustellen;
2. welche Bedeutung die angekündigten Massentlassungen bei der Porsche-Tochter Cellforce und die damit verbundene de-facto Einstellung der Batterieproduktion von Cellforce auf den Automobilstandort Baden-Württemberg hat;
3. welche Rückschlüsse sie daraus auf den Ausbau der Elektromobilität sowie die Bedeutung des Verbrennermotors zieht;
4. wie viele Fördermittel oder sonstige Subventionen das Unternehmen Porsche für seine Tochter Cellforce oder allgemein für seine Aktivitäten im Bereich der Batterietechnologie a) von Land, ihrer Kenntnis nach von b) Bund, c) der Europäischen Union und d) anderen öffentlichen Mittelgebern in den letzten fünf Jahren jeweils erhalten hat;
5. inwiefern diese Fördermittel ihrer Kenntnis nach nun aufgrund der angekündigten grundlegenden Veränderung, wenn nicht gar Abwicklung der Porsche-Tochter Cellforce, zurückgefordert werden oder (förder-)rechtlich gesehen zumindest zurückgefordert werden könnten;
6. inwiefern das Land dazu konkrete Pläne oder Überprüfungen bereits durchgeführt hat oder noch plant, durchzuführen;

7. welche Rückschlüsse sie daraus auf ihre Förderaktivitäten und -strategie sowie die Unterstützung von konkreten Unternehmensprojekten im Allgemeinen zieht;
8. inwiefern es richtig ist, dass es am 20. August 2025 ein persönliches Gespräch des Ministerpräsidenten mit dem Vorstandsvorsitzenden von Porsche, Oliver Blume, zum Thema Cellforce gegeben hat;
9. inwiefern es andere oder weitere Gespräche zwischen der Landesregierung und dem Spitzenmanagement von Porsche oder von Cellforce bezüglich der Massenentlassung bei Cellforce gegeben hat;
10. was die Inhalte und Ergebnisse des Gesprächs mit Oliver Blume und etwaiger weiterer Gespräche waren;
11. inwiefern sie politische Maßnahmen erwägt, um die Entscheidung von Porsche zu verändern, dem Unternehmen Cellforce eine Perspektive zu geben oder eine Lösung für die rund 200 von Entlassung betroffenen Mitarbeiter zu finden;
12. inwiefern sie dazu im Austausch mit der Bundesregierung stand, steht oder noch plant, Kontakt mit dieser aufzunehmen;
13. welche Schlüsse sie aus den Bitten um Hilfe für Cellforce durch den Oberbürgermeister von Reutlingen, den Bürgermeister von Kirchentellinsfurt sowie den regionalen IHK-Präsidenten an die Bundesregierung zieht, insbesondere inwiefern sie darin auch eine Handlungsaufforderung oder -möglichkeit für sich sieht;
14. welche Informationen ihr dazu vorliegen, dass die Bundesregierung oder die Europäische Kommission im Zusammenhang mit den Entlassungen bei Cellforce aktiv werden möchte, bspw. durch aktive Unterstützungsmaßnahmen, eine Rückforderung von Fördermitteln oder eine Anpassung von Förderstrategien.

22.8.2025

Reith, Scheerer, Dr. Schweickert, Birnstock,  
Haag, Haußmann, Heitlinger, Hoher, Karrais,  
Dr. Rülke, Weinmann FDP/DVP

#### Begründung

Laut Medienberichten vom 20. und 21. August plant das Unternehmen Porsche bei seiner Batterietochter Cellforce Group GmbH rund 200 Mitarbeiter und damit rund 80 Prozent aller Mitarbeiter zu entlassen. Dies kommt einem grundlegenden Kurswechsel beim Thema Batteriezellfertigung bei Porsche und einer de-facto Einstellung der Batterieproduktion bei Cellforce gleich.

Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass auch von Landesseite erhebliche Fördermittel an Porsche bzw. Cellforce geflossen sein sollen, die Landesregierung sich in der Vergangenheit explizit für das Unternehmen Cellforce stark gemacht hat (bspw. mit der Anwesenheit der Wirtschaftsministerin bei der Grundsteinlegung der Fabrik in Reutlingen-Kirchentellinsfurt im Oktober 2022) und es auch politische Gespräche zwischen der Landesregierung und Porsche bezüglich der Zukunft von Cellforce gegeben haben soll.

Daher interessieren sich die Antragssteller für die Details des Vorgangs sowie die Implikationen davon für den Wirtschafts- und insbesondere Automobilstandort Baden-Württemberg.

## Stellungnahme

Mit Schreiben vom 15. September 2025 Nr. D51094/2025 nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus im Einvernehmen mit dem Staatsministerium, dem Ministerium für Finanzen und dem Ministerium für Verkehr zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

- 1. wann und auf welche Weise sie erstmals von den Plänen des Unternehmens Porsche erfahren hat, rund 200 Beschäftigten seiner Unternehmenstochter Cellforce Group GmbH (nachfolgend Cellforce) zu kündigen und damit sowohl Cellforce als auch seine Batterieproduktion grundlegend zu verändern, wenn nicht gar einzustellen;*

Zu 1.:

Die Landesregierung war seit Frühjahr 2025 grundsätzlich über die wirtschaftliche Situation der Cellforce Group GmbH informiert und stand dazu in regelmäßigem Austausch mit Cellforce selbst, Porsche sowie dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE). Die geplanten Kündigungen wurden erstmals am 12. August 2025 telefonisch über die IG Metall Reutlingen-Tübingen gegenüber dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus thematisiert.

- 2. welche Bedeutung die angekündigten Massenentlassungen bei der Porsche-Tochter Cellforce und die damit verbundene de-facto Einstellung der Batterieproduktion von Cellforce auf den Automobilstandort Baden-Württemberg hat;*
- 3. welche Rückschlüsse sie daraus auf den Ausbau der Elektromobilität sowie die Bedeutung des Verbrennermotors zieht;*

Zu 2. und 3.:

Zu den Ziffern 2 und 3 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Die Landesregierung misst der Automobilwirtschaft im Land, die für attraktive und wichtige Arbeitsplätze steht, hohe Bedeutung bei. Ein hoher Grad an Wertschöpfung bei der Herstellung von Fahrzeugen und ihrer Komponenten in der Region und die Unterstützung der Automobilindustrie bei der Transformation müssen durch verlässliche und geeignete Rahmenbedingungen gesichert werden. Die Entlassung der rund 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist aus industriepolitischer Sicht äußerst bedauerlich. Dennoch soll der Standort laut Informationen der Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG als Forschungs- und Entwicklungsstandort bestehen bleiben. Das Know-how zur Spitzentechnologie bleibt somit in Baden-Württemberg erhalten. Cellforce bündelt künftig die Expertise im Bereich Hochleistungszellen, u. a. Silizium-Anoden, und im Bereich Schnellladefähigkeit.

Die grundlegende Transformation in Richtung Elektromobilität schreitet aus Sicht der Landesregierung weiter voran, was von der Landesregierung begrüßt wird. Um die europaweit geltenden Flottengrenzwerte erreichen zu können und sich im internationalen Wettbewerb zukunftsfähig aufstellen zu können, investierten die deutschen Automobilhersteller und Zulieferer verstärkt in die Diversifizierung, u. a. auch Elektrifizierung des Produktportfolios sowie in die Forschung und Entwicklung zu elektrifizierten Antriebssträngen. Weltweit werden dafür laut Verband der Automobilindustrie (VDA) bis zum Jahr 2027 über 250 Milliarden Euro eingeplant. Seit 2019 hat sich das Angebot von batterieelektrischen Fahrzeugmodellen in Deutschland daher fast verfünffacht, während die Anzahl an Benzinmodellen um 26 Prozent und die der Dieselmotore um 46 Prozent zurückgegangen ist.

Die Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG bestätigte jüngst, dass die E-Mobilität und der damit einhergehende Bau von Fahrzeugen mit batterieelektrischem Antrieb ein zen-

traler Pfeiler der Konzernstrategie bleiben. Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren werden bei der Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG zwar auf absehbare Zeit weitergeführt. Diese Entscheidung wurde laut den der Landesregierung vorliegenden Informationen bereits früher und nicht aufgrund des Wegfalls der Zellproduktion in Baden-Württemberg getroffen. Porsche hält an Entwicklung und Verkauf der Flotte mit einem hohen Elektrifizierungsgrad fest. Im weltweiten Verkauf sind 36 Prozent der Fahrzeuge mit elektrischem Antrieb (1. Halbjahr 2025). Zudem sichert sich der Konzern über andere Aktivitäten (u. a. Beteiligungen und Tochterfirmen des Mutterkonzerns Volkswagen) weiterhin technologischen Zugriff auf Batteriezellen.

*4. wie viele Fördermittel oder sonstige Subventionen das Unternehmen Porsche für seine Tochter Cellforce oder allgemein für seine Aktivitäten im Bereich der Batterietechnologie a) von Land, ihrer Kenntnis nach von b) Bund, c) der Europäischen Union und d) anderen öffentlichen Mittelgebern in den letzten fünf Jahren jeweils erhalten hat;*

Zu 4.:

Für das Vorhaben „Aufbau einer Zellfertigung für Hochleistungs-Lithium-Ionen-Batterien“ im Rahmen des Förderprogrammes IPCEI (Important Project for Common European Interest) Batteriezellfertigung wurden an die Cellforce Group GmbH Fördermittel durch den Bund, vertreten durch das BMW, von 39 702 884 Euro und durch das Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, von 17 015 522 Euro bewilligt. Das Land hat hierbei bisher 13 970 554 Euro an Fördermitteln an Cellforce für das IPCEI-Vorhaben ausgezahlt. Laut Finanzplan sind noch 3 044 968 Euro bis zum Ende der Laufzeit für die Kofinanzierung vorgesehen.

Die VARTA Microbattery GmbH hat im Rahmen des Förderprogramms IPCEI Batteriezellfertigung Fördermittel für das Vorhaben „VARTA Industrialisierungsprogramm PERTRIX“ erhalten. Das IPCEI-Vorhaben wurde Ende 2024 planmäßig abgeschlossen. Seitens des Landes wurden 26 349 390,92 Euro bewilligt, wovon 14 913 782,83 Euro durch das Land ausgezahlt wurden. Mit Änderungsbescheid vom 6. Dezember 2024 wurden alle Rechte und Pflichten aus dem Zuwendungsverhältnis von der VARTA Microbattery GmbH auf die V4Drive Battery GmbH, die wiederum durch die Übernahme der Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG zur V4smart GmbH & Co. KG umgewandelt wurde, übertragen. Seit der Änderung ist keine Auszahlung mehr erfolgt.

Weitere Projekte im Bereich Batterie bei Porsche wurden seitens des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus nicht gefördert.

Eine umfassende Übersicht zu geleisteten Beihilfen innerhalb der Europäischen Union gibt die Beihilfentransparenzdatenbank der EU (<https://webgate.ec.europa.eu/competition/transparency/public/aidAward/show/7841179>).

- 5. inwiefern diese Fördermittel ihrer Kenntnis nach nun aufgrund der angekündigten grundlegenden Veränderung, wenn nicht gar Abwicklung der Porsche-Tochter Cellforce, zurückgefordert werden oder (förder-)rechtlich gesehen zumindest zurückgefordert werden könnten;*
- 6. inwiefern das Land dazu konkrete Pläne oder Überprüfungen bereits durchgeführt hat oder noch plant, durchzuführen;*
- 12. inwiefern sie dazu im Austausch mit der Bundesregierung stand, steht oder noch plant, Kontakt mit dieser aufzunehmen;*

*14. welche Informationen ihr dazu vorliegen, dass die Bundesregierung oder die Europäische Kommission im Zusammenhang mit den Entlassungen bei Cellforce aktiv werden möchte, bspw. durch aktive Unterstützungsmaßnahmen, eine Rückforderung von Fördermitteln oder eine Anpassung von Förderstrategien;*

Zu 5., 6., 12. und 14.:

Zu den Ziffern 5, 6, 12 und 14 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Das BMW ist federführend für das geförderte IPCEI-Vorhaben von Cellforce zuständig. Die Landesregierung steht in Bezug auf die Situation bei Cellforce, aber auch des Batteriesektors insgesamt in regelmäßigem Austausch mit dem BMW. Aktuell wird das IPCEI-Vorhaben von Cellforce unter Federführung des BMW und unter enger Einbindung des Landes detailliert geprüft. Zum aktuellen Zeitpunkt können daher weder Vorfestlegungen getroffen, noch Optionen ausgeschlossen werden.

Grundsätzlich richtet sich die Rückforderung von Fördermitteln nach den haushaltsrechtlichen Regelungen der Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg (LHO) bzw. Bundeshaushaltsordnung (BHO) sowie dem Verwaltungsverfahrensgesetz. Im Falle eines Projektabbruchs oder einer Insolvenz ist regelmäßig auch die Prüfung eines Widerrufs bzw. einer Rückforderung erteilter und bereits ausgezahlter Fördermittel vorzusehen.

*7. welche Rückschlüsse sie daraus auf ihre Förderaktivitäten und -strategie sowie die Unterstützung von konkreten Unternehmensprojekten im Allgemeinen zieht;*

Zu 7.:

Subventionen sind aus ordnungspolitischen Gründen stets mit Vorsicht zu betrachten, da sie immer auch in das Marktgeschehen eingreifen. Die Landesregierung überprüft ihre Förderaktivitäten daher fortlaufend und steht hierzu auch mit dem Bund und den Ländern u. a. im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz im regelmäßigen Austausch. Andererseits bringen die Dekarbonisierung und Digitalisierung unumkehrbare technologische Veränderungen für die gesamte Wirtschaft mit sich. Zahlreiche Unternehmen befinden sich mitten in einem tiefgreifenden Strukturwandel, aktuell verschärft durch den hohen internationalen Wettbewerbsdruck, auch durch teilweise unfaire Subventionen und Dumpingpraktiken sowie geopolitische Risiken und Zölle. Insofern ist die Förderung von Unternehmensprojekten nach Einschätzung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus unter bestimmten Voraussetzungen gerechtfertigt, insbesondere im Bereich der Innovationsförderung sowie in besonders zukunftssträchtigen Technologiefeldern. Der Erfolg eines Unternehmensprojektes selbst ist dabei jeweils im Einzelfall zu betrachten. Insgesamt wird die gezielte Förderung von Innovationen als ein zentraler Hebel für die langfristige wirtschaftliche Stärke des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg gesehen.

*8. inwiefern es richtig ist, dass es am 20. August 2025 ein persönliches Gespräch des Ministerpräsidenten mit dem Vorstandsvorsitzenden von Porsche, Oliver Blume, zum Thema Cellforce gegeben hat;*

*9. inwiefern es andere oder weitere Gespräche zwischen der Landesregierung und dem Spitzenmanagement von Porsche oder von Cellforce bezüglich der Massenentlassung bei Cellforce gegeben hat;*

*10. was die Inhalte und Ergebnisse des Gesprächs mit Oliver Blume und etwaiger weiterer Gespräche waren;*

Zu 8., 9. und 10.:

Zu den Ziffern 8, 9 und 10 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Herr Oliver Blume, Vorstandsvorsitzender von Porsche, hat Herrn Ministerpräsident Kretschmann um ein Telefonat gebeten und am 20. August über die aktuelle Entwicklung bei der Tochtergesellschaft Cellforce Group GmbH informiert. Auch Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut führte am 20. August ein Telefonat mit Herrn Blume. Über die Details aus den Informationsgesprächen kann aufgrund ihres Vertraulichkeitscharakters nicht berichtet werden.

*11. inwiefern sie politische Maßnahmen erwägt, um die Entscheidung von Porsche zu verändern, dem Unternehmen Cellforce eine Perspektive zu geben oder eine Lösung für die rund 200 von Entlassung betroffenen Mitarbeiter zu finden;*

Zu 11.:

Es handelt sich um eine unternehmerische Entscheidung von Porsche. Für die Landesregierung steht nicht die einzelne Unternehmensentscheidung im Vordergrund, sondern die Frage, wie bestmögliche Rahmenbedingungen für alle Unternehmen in Baden-Württemberg geschaffen und Arbeitsplätze erhalten werden können. Hier sollten nach Ansicht der Landesregierung weitere politische Maßnahmen insbesondere auf europäischer und auf Bundesebene ergriffen werden, die an den Ursachen der Wachstumsschwäche ansetzt. Die Landesregierung setzt sich bereits seit langem unter anderem auch mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft BW intensiv und für eine zielgerichtete technologieoffene innovative und bürokratiearme Wirtschaftspolitik ein und fordert insbesondere eine Unterstützung für Regionen, die stark von der Transformation betroffen sind.

*13. welche Schlüsse sie aus den Bitten um Hilfe für Cellforce durch den Oberbürgermeister von Reutlingen, den Bürgermeister von Kirchentellinsfurt sowie den regionalen IHK-Präsidenten an die Bundesregierung zieht, insbesondere inwiefern sie darin auch eine Handlungsaufforderung oder -möglichkeit für sich sieht.*

Zu 13.:

In dem Schreiben an die Bundesregierung vom 12. August 2025, das der Landesregierung vorliegt, werden die aktuellen Herausforderungen und auch wesentliche Handlungsfelder genannt, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verbessern zu können. Neben der Bedeutung von Förderprogrammen werden insbesondere der Abbau regulatorischer Hürden und die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie der Fachkräfteausbildung genannt. Aus Sicht der Landesregierung ist es wichtig, in den verschiedenen Handlungsfeldern kurzfristig weitere Maßnahmen umzusetzen, soweit dies im Rahmen vorhandener Mittel möglich ist. Besonderes Augenmerk muss darauf liegen, die Rahmenbedingungen insgesamt an die aktuellen geopolitischen, technologischen und demografischen Dynamiken anzupassen. Erst dann kann der gezielte Einsatz von Fördermitteln sein Potenzial entfalten und einen relevanten Beitrag zur zukunftsfähigen Weiterentwicklung des Standorts leisten.

Die aktuellen Herausforderungen erfordern gemeinsames Handeln auf allen politischen Ebenen und in bestmöglicher Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Mit dem gemeinsamen Schreiben unterstreichen die Stadt Reutlingen und die Gemeinde Kirchentellinsfurt sowie die IHK Reutlingen die Bedeutung der Batteriebranche für die Region.

Dr. Hoffmeister-Kraut  
Ministerin für Wirtschaft,  
Arbeit und Tourismus